

Für faire Löhne und gegen Ausgrenzung

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zur traditionellen 1. Mai Feier hier in Olten.

Olten, das ist ein wichtiges Zentrum des öffentlichen Verkehrs. Olten ist ein Eisenbahnknotenpunkt und damit auch ein Zentrum des Service public. Auch ich bin mit dem Zug gekommen.

Auch bei den eidgenössischen Abstimmungen vom 5. Juni ist der Service public ein Thema. Wir stimmen über die Volksinitiative „Pro Service public“ ab. Doch Vorsicht, diese Initiative hält nicht, was der Titel verspricht. Die Verbote von Gewinn und Quersubventionierung im Initiativtext beschneidet die Handlungsfähigkeit von Betrieben wie SBB, Post und Swisscom massiv. Damit gefährdet die Initiative die Basis unserer Grundversorgung. Diese Initiative schwächt die Entwicklungsmöglichkeiten der Service public Betriebe und ist damit eher eine „Contra Service public“ Initiative. Zudem würde die Vorlage bei einer Annahme zu Steuerausfällen führen, da Gewinne die heute abgeliefert werden, künftig fehlten.

Wie stark die Initiative am Ziel vorbeizieht, sieht man auch an der Tatsache, dass sich in der Bundesversammlung kein einziges Ratsmitglied für die Annahme der Initiative aussprach. In der Schlussabstimmung empfahl sie der Nationalrat mit 196 zu null und der Ständerat mit 43 zu null zur Ablehnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Heute, am Tag der Arbeit, gibt es rund um den Globus zahlreiche Veranstaltungen, bei denen Menschen zusammenkommen, die sich gemeinsam einsetzen für soziale Gerechtigkeit und für eine gesunde Umwelt.

In der Schweiz gilt am Tag der Arbeit 2016 die Parole: „Gemeinsam kämpfen – Für eine starke Altersvorsorge“. Und tatsächlich: Arbeit und Rente geht uns alle an.

„Die Jugend ernährt sich von Träumen, das Alter von Erinnerungen.“ das ist eine Lebensweisheit, die man immer wieder hört.

Doch im realen Alltag kann man sich weder von Träumen noch von Erinnerungen etwas kaufen. Kein Brot und kein Dach über dem Kopf. Es braucht ein Einkommen zum Auskommen. In der aktiven Erwerbszeit genauso wie danach.

Die Gewerkschaftsbewegung hat für die Menschen viel erreicht in Sachen Einkommen und Rente. Wir haben es errungen und erkämpft. Durch Zusammenstehen, durch Solidarität. In den Betrieben, auf der Strasse und in der Politik. Doch das Erreichte ist nicht in Stein gemeisselt. Soziale Fortschritte sind immer wieder von neuem gegen ideologische Angriffe von Rüppelkapitalisten zu

verteidigen. Und noch bestehende Lücken müssen geschlossen werden. Dazu gehört beispielsweise die Stärkung der Altersvorsorge. Die Initiative „AHVplus“ des schweizerischen Gewerkschaftsbundes will genau dies. Eine Stärkung der Renten für alle. Für ein Leben im Alter in Würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Abstand zwischen reich und arm ist weiter gewachsen. Wer hat, dem wird gegeben. Während Normalverdienende jedes Einkommen versteuern, gönnen sich Superreiche auf Kosten aller sogenannte „Steuroptimierungsanlagen“. Panama Papers lässt grüssen. Die globalen Finanzjongleure verwenden Offshore-Konstrukte, Briefkastenfirmen und Strohmänner, um Geldflüsse zu vertuschen und Steuern zu „optimieren“. Sprich nicht zu versteuern, was eigentlich zu versteuern wäre. Solchen Machenschaften muss ein Riegel geschoben werden. Sie untergraben die Steuermoral und die Steuergerechtigkeit wird mit Füßen getreten.

Diese Abzockermentalität auf Kosten der Allgemeinheit hat sich leider in breiten Kreisen, auch ausserhalb der Finanzwirtschaft, eingenistet.

Produktivitätsgewinne in den Betrieben werden immer öfter nicht mehr an die Belegschaft weitergegeben. In der Schweiz wird gar mancherorts am Rad zurückgedreht. Abbau von Arbeitnehmerschutz, Arbeitszeitverlängerungen und Lohndruck sind die Folgen.

Während es sich in manchen Betrieben die Manager gut gehen lassen, soll die Belegschaft den Gürtel enger schnallen. Das ist inakzeptabel und kurzfristig. Wer den Lohn drückt, drückt die Kaufkraft und schwächt damit die Wirtschaft insgesamt. Denn wo die Kaufkraft fehlt, stockt die Wirtschaft. Lohndruck ist letztlich ein ökonomischer Bumerang.

Lohndruck und Dumping bei den Arbeitsbedingungen müssen rigoros bekämpft werden. Produktivitätsgewinne müssen wieder allen zu Gute kommen. Es braucht mehr Gesamtarbeitsverträge. Verträge, die faire Löhne und gute Anstellungsbedingungen absichern. Und es braucht effiziente Lohnkontrollen und einen besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende.

Die Wirtschaft in der Schweiz leidet immer noch am Franken-Schock. Seit die Schweizerische Nationalbank die Kursuntergrenze von CHF 1.20 zum Euro aufgehoben hat, macht der überbewertete Franken insbesondere der Exportindustrie, dem Tourismus und dem Detailhandel im Grenzraum zu schaffen.

Zwar hat sich der Frankenkurs zwischenzeitlich wieder etwas erholt, doch die Krise in Folge der verfehlten Kurspolitik der Nationalbank hallt nach. Im industriellen Bereich kommt es nach wie vor zu Stellenabbau, Auslagerungen von Arbeitsplätzen und Konkursen. Und auch der grenznahe Detailhandel leidet unter Umsatzeinbussen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändern sich ständig und offenbar auch immer schneller. Das ist eine hohe Herausforderung für die Arbeitswelt. Gerade auch deshalb ist die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten zentral. Hier zu sparen wäre falsch.

Und: mit der wachsenden Globalisierung der Wirtschaft wird es umso wichtiger sein, dass die Beschäftigten untereinander solidarisch bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Solidarität fängt bei uns allen an. Es braucht die Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, den Einheimischen und den Flüchtlingen, den Starken und den Schwachen.

Lassen wir uns nicht verführen von jenen, die den Egoismus predigen und die Menschen mit nationalistischer Stimmungsmache auseinanderdividieren wollen.

Engagieren wir uns im Gegenteil gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft. Engagieren wir uns zusammen, für faire Löhne und gute Renten. Stehen wir ein, für anständige Anstellungsbedingungen und gegen Ausgrenzung.

Besten Dank.